



2019

Statistik Kommunal

Ingoldingen



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

426 062

Impressum

Statistik Kommunal 2019

Artikel-Nr. 8035 19001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Redaktionsschluss: 15. Mai 2019

Preis
11,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Ebenfalls erhältlich:

CD-ROM Gemeinde 51,00 Euro

CD-ROM Landkreis 199,00 Euro

CD-ROM Regierungsbezirk 499,00 Euro

Zu bestellen unter vertrieb@stala.bwl.de

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2019

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Vertriebsbedingungen

Es gilt das deutsche Recht. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugschaden geltend gemacht. Skontoabzug ist unzulässig. Das Eigentum an Veröffentlichungen und Datenträgern bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vorbehalten. Vertragsgemäß gelieferte Datenträger werden nach Entsiegelung nicht zurückgenommen oder umgetauscht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Stuttgart.

Autorinnen
Sabine Maurer, Andrea Jäger, Mara Mantinger

2019

Statistik Kommunal

Ingoldingen

Einführung und Inhalt

Bereits zum achten Mal veröffentlicht das Statistische Landesamt Baden-Württemberg nun die Broschüre „Statistik Kommunal“. Die Publikation ist für jede der 1 101 Gemeinden des Landes erhältlich. Sie bietet einen Überblick zu interessanten und wichtigen statistisch beschreibbaren Themenbereichen. Das Spektrum reicht dabei von der Entwicklung der Bevölkerung über die Ergebnisse der Parlamentswahlen, Zahlen zur Beschäftigung und dem Arbeitsmarkt sowie den Gemeindefinanzen und dem Gemeindepersonal bis hin zu zentralen Kennziffern zum Verkehr. Wieder enthalten sind in dieser Ausgabe auch Daten zur Landwirtschaft.

Die Ergebnisse der Gemeinden werden in übersichtlichen Tabellen, Schaubildern und Landeskarten überwiegend mit Daten aus dem Berichtsjahr 2017 präsentiert. Falls möglich, wird auch die Entwicklung über die letzten 10 Jahre dargestellt. Jedes der insgesamt 13 Kapitel wird mit einem knappen allgemein verständlichen Text eingeleitet, der auch die entsprechenden themenbezogenen Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse der jeweiligen Gemeinde helfen.

Für „Statistik Kommunal“ wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank (SRDB) des Landesinformationssystems (LIS) verwendet. Bei einzelnen Gemeinden, insbesondere bei jenen mit niedrigen Bevölkerungszahlen, kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht den Interessierten dennoch, sich umfassend über diese Gemeinden zu informieren und sie im Vergleich einzuordnen. Weitere kommunale Daten sind über das Internetangebot (www.statistik-bw.de) des Statistischen Landesamtes unter den Menüpunkten „Regionaldaten“, „Interaktive Karten“ und „Bevölkerungspyramiden“ abrufbar.

Gemeindedaten im Überblick	4
Allgemeine Hinweise	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bevölkerungsvorausrechnung	10
Bildung	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Bauen	14
Wohnen	15
Parlamentswahlen	16
Landwirtschaft	18
Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal	19
Wasserwirtschaft	20
Umwelt	21
Verkehr	22
Datenquellen und Fußnoten	24
Glossar	26

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2017	ha	4 423
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2017	Anzahl	2 926
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2017	Anzahl	+ 21
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2017	Anzahl	+ 34
Bevölkerungszu-/abnahme 2017	Anzahl	+ 55
Wohnen		
Wohngebäude 2017	Anzahl	945
Wohnungen 2017 ¹⁾	Anzahl	1 278
Bildung²⁾		
Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2017/2018	Anzahl	120
Schüler/-innen an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2017/2018 ³⁾	Anzahl	120
Schüler/-innen an Realschulen 2017/2018	Anzahl	–
Schüler/-innen an Gymnasien 2017/2018	Anzahl	–
Schüler/-innen an Gemeinschaftsschulen 2017/2018	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2017/2018	Anzahl	.
Beschäftigung und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2018	Anzahl	457
Pendlersaldo 2018	Anzahl	– 834
Arbeitslose insgesamt 2018	Anzahl	31
Arbeitslose Frauen 2018	Anzahl	12
Umwelt		
Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2017 ⁴⁾	Tonnen	14,3
Jahresfahrleistungen 2017	Mill. km	31,6
Tourismus		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2018	Anzahl	1
Schlafgelegenheiten insgesamt 2018	Anzahl	.
Ankünfte insgesamt 2018	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2018	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2018	Anzahl	.
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2017	1 000 EUR	2 336
Steuerkraftsumme 2017	1 000 EUR	3 261
Schuldenstand 2017	1 000 EUR	–
Gewerbesteuerhebesatz 2017	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2018	Anzahl	2 837
Straßenverkehrsunfälle 2018 ⁵⁾	Anzahl	19
Verunglückte Personen 2018	Anzahl	21

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2017	%	8	12	15
Fläche für Wald 2017	%	26	28	38
Fläche für Landwirtschaft 2017	%	63	58	45
Bevölkerung				
Bevölkerungsdichte 2017	Einw/km ²	66	140	309
Anteil der ausländischen Bevölkerung 2017	%	4	10	15
Durchschnittsalter 2017	Jahre	41,4	42,4	43,4
Durchschnittsalter 2035	Jahre	45,3	45,7	45,5
Bundestagswahl 2017				
Wahlbeteiligung	%	81,6	78,9	78,3
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	50,7	43,0	34,4
SPD	%	11,4	12,8	16,4
GRÜNE	%	8,8	11,2	13,5
FDP	%	9,3	11,1	12,7
AfD	%	11,2	12,6	12,2
DIE LINKE	%	3,8	4,6	6,4
Sonstige	%	4,6	4,7	4,5
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2017	%	78	73	61
Wohnfläche je Einwohner 2017	m ²	54	50	46
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2017/2018	%	.	8	6
Übergänge auf Realschulen 2017/2018	%	.	40	34
Übergänge auf Gymnasien 2017/2018	%	.	36	44
Übergänge auf Gemeinschaftsschulen 2017/2018	%	.	14	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt⁶⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2018	%	61	55	36
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2018	%	.	15	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2018	%	.	29	44
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2018	%	.	39	40
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2018	Tage	.	3,2	2,4
Gemeindefinanzen				
Steuereinnahmen je Einwohner 2017 ⁷⁾	EUR	912	1 659	1 428
Schuldenstand je Einwohner 2017	EUR	–	516	1 021
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2016	Liter/Tag	99	118	119
Trinkwasserpreis 2018	EUR/m ³	1,04	1,68	2,15
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2018	Anzahl	661	633	592

Hinweis

Im Text farblich hervorgehobene Begriffe werden im Glossar ab Seite 26 näher erläutert.

Datenquellen und Fußnoten

... befinden sich gesammelt ab Seite 24.

Abkürzungen

%	–	Prozent
Einw.	–	Einwohner
EUR	–	Euro
ha	–	Hektar
m ²	–	Quadratmeter
km ²	–	Quadratkilometer
m ³	–	Kubikmeter
LF	–	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
Mill.	–	Millionen
Mrd.	–	Milliarden

Zeichenerklärung

0	Mehr als nichts, jedoch weniger als die Hälfte der kleinsten verwendeten Einheit
–	Nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
X	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst 35 748 km². Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Die Gemeinde mit der größten Fläche ist Stuttgart mit 207 km², gefolgt von Baiersbronn im Landkreis Freudenstadt mit 190 km². Zu den drei kleinsten Gemeinden des Landes zählen Wembach (1,8 km²) und Fischingen (1,9 km²) im Landkreis Lörrach sowie Moosburg (1,9 km²) im Landkreis Biberach.

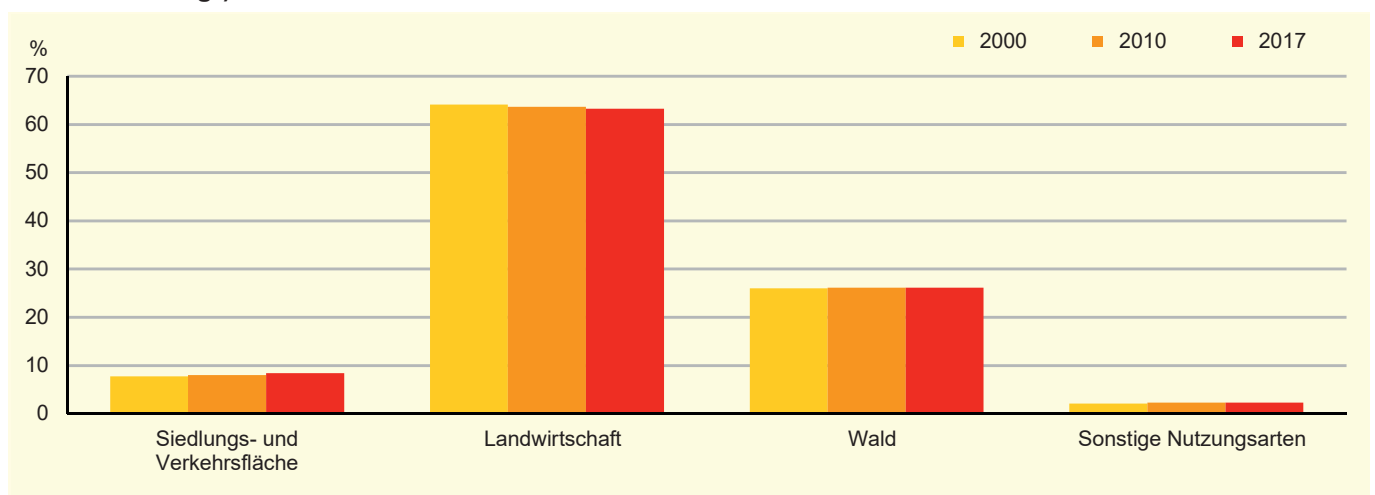
Fast die Hälfte der gesamten Landesfläche nimmt die Fläche für Landwirtschaft ein, etwa zwei Fünftel sind bewaldet. Der Anteil der **Siedlungs- und Verkehrsfläche** beträgt rund 15 %. Im Jahr 2017 ergab sich rein rechnerisch ein **täglicher Flächenverbrauch** für Siedlungs- und Verkehrsflächen von 7,9 ha. Dies liegt zwar deutlich über dem Vorjahresniveau von 3,5 ha, ist aber durch **Sondereffekte im Jahr 2017** begründet. In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich dennoch eine abnehmende Tendenz. So lag der Durchschnittswert der täglichen Flächeninanspruchnahme im Zeitraum 1997 bis 2000 noch bei 12 ha, während er über die letzten 5 Jahre auf rund 5,5 ha gesunken ist.

Unter den Gemeinden schwankt die Art der Flächennutzung erheblich: so hat zum Beispiel Bad Rippoldsau-Schapbach im Landkreis Freudenstadt mit 90 % den höchsten Anteil an Wald, Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg mit 62 % den höchsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Bodenfläche.

Siedlungs- und Verkehrsfläche*)

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2017		2017	
	ha	%	ha	%	ha	%
Bodenfläche insgesamt	4 424	100	4 423	100	3 574 830	100
Siedlungs- und Verkehrsfläche	340	7,7	370	8,4	520 301	14,6
darunter						
Wohnbaufläche	59	17,2	79	21,4	153 474	29,5
Industrie- und Gewerbefläche	19	5,6	25	6,7	72 704	14,0
Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche	7	2,2	8	2,1	37 605	7,2
Friedhof	1	0,2	1	0,3	3 692	0,7
Verkehr	192	56,5	194	52,5	198 324	38,1

Flächennutzung*) in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist im Jahr 2017 um etwa 70 400 auf rund 11 023 400 Personen angestiegen. Damit hat sich die Einwohnerzahl gegenüber 1952, dem Gründungsjahr des Südweststaates, um etwas mehr als 4,3 Mill. oder 65 % erhöht und einen neuen Höchststand erreicht.

Die dynamische Bevölkerungsentwicklung im Land ist in den vergangenen Jahren auf eine vor allem durch die Flüchtlingskrise bedingte hohe Zuwanderung zurückzuführen: Der Wanderungsgewinn lag im Jahr 2017 bei 72 100 Personen. Im Jahr 2015 war dieser Saldo mit + 170 500 allerdings noch deutlich stärker. Das Jahr 2017 war in demografischer Hinsicht auch durch ein relativ geringes Geburtendefizit geprägt: Die Zahl der Geborenen lag um lediglich rund 1 700 niedriger als die der Sterbefälle.

Die **Bevölkerung** Baden-Württembergs wird immer älter: Während der Anteil der Jüngeren (unter 20 Jahre) noch im Jahr 1980 annähernd doppelt so hoch wie der der Älteren (65 Jahre und mehr) lag, waren 2017 die Älteren zahlenmäßig bereits etwas stärker vertreten. Landesweit den höchsten Anteil älterer Menschen (35 %) hatte die Gemeinde Untermarchtal im Alb-Donau-Kreis. Dagegen war Breithausen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinde mit dem höchsten Anteil jüngerer Menschen (27 %).

Bevölkerungsentwicklung seit 1871 in der Gemeinde

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	1 650	51	49	46	1990	2 553	50	50	58
1890	1 759	51	49	49	1994	2 621	51	49	59
1900	1 720	51	49	48	1998	2 615	51	49	59
1910	1 778	50	50	50	2002	2 671	51	49	60
1925	1 784	50	50	50	2006	2 633	52	48	60
1933	1 715	50	50	48	2010	2 630	51	49	59
1939	1 589	50	50	44	2013	2 741	51	49	62
1950	1 922	47	53	54	2014	2 800	51	49	63
1961	1 802	50	50	50	2015	2 814	51	49	64
1970	1 926	51	49	54	2016	2 871	51	49	65
1987	2 415	51	49	55	2017	2 926	52	48	66

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge in der Gemeinde

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-) ¹⁾			
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner		
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner					
	Anzahl												
2009	29	23	+	6	+ 2	125	134	-	9	- 3	-	3	- 1
2010	25	20	+	5	+ 2	113	143	-	30	- 11	-	25	- 9
2011	25	20	+	5	+ 2	124	111	+	13	+ 5	+	18	+ 7
2012	19	23	-	4	- 1	136	90	+	46	+ 17	+	42	+ 15
2013	31	26	+	5	+ 2	134	160	-	26	- 9	-	21	- 8
2014	30	16	+	14	+ 5	173	128	+	45	+ 16	+	59	+ 21
2015	23	24	-	1	0	153	138	+	15	+ 5	+	14	+ 5
2016	40	12	+	28	+ 10	163	134	+	29	+ 10	+	57	+ 20
2017	35	14	+	21	+ 7	185	151	+	34	+ 12	+	55	+ 19

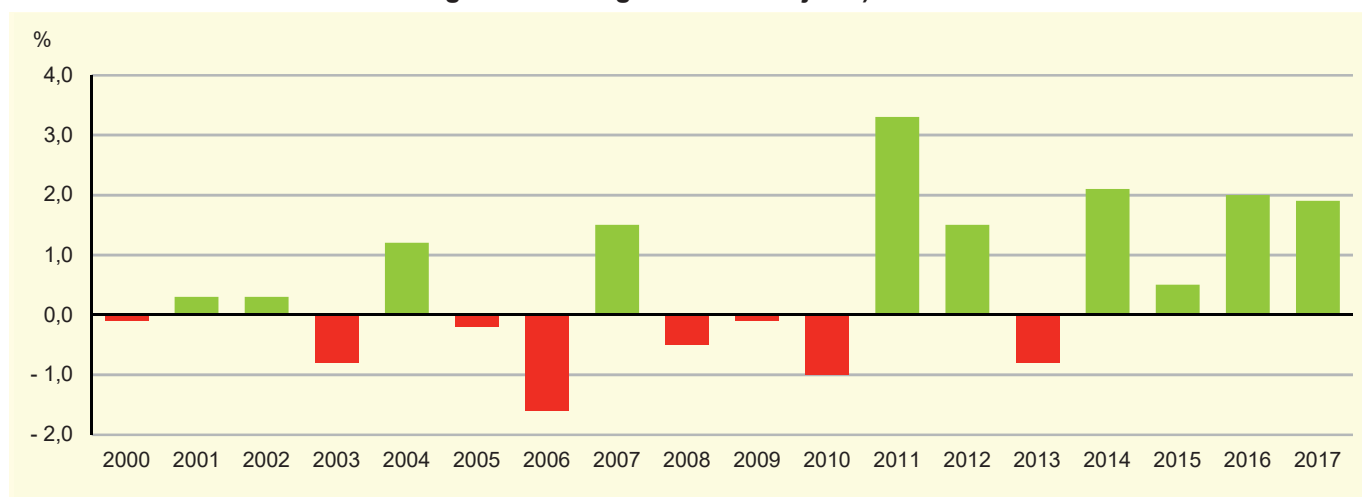
Bevölkerungsstruktur 2017 in der Gemeinde

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	110	4	71	5	39	3	3	3	3
3 – 6	100	3	57	4	43	3	3	3	3
6 – 15	273	9	137	9	136	10	8	9	8
15 – 18	78	3	47	3	31	2	3	3	3
18 – 25	235	8	113	7	122	9	8	9	8
25 – 40	607	21	307	20	300	21	20	20	19
40 – 65	1 020	35	528	35	492	35	35	35	35
65 – 75	273	9	144	10	129	9	9	9	10
75 und mehr	230	8	107	7	123	9	11	9	12
Insgesamt	2 926	100	1 511	100	1 415	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	41,4		40,5		42,3		43,4	42,1	44,7

Bevölkerungsstruktur 2007 in der Gemeinde

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	69	3	41	3	28	2	3	3	3
3 – 6	59	2	27	2	32	2	3	3	3
6 – 15	297	11	156	11	141	11	9	10	9
15 – 18	126	5	77	6	49	4	3	4	3
18 – 25	239	9	120	9	119	9	8	9	8
25 – 40	514	19	254	18	260	20	20	20	19
40 – 65	937	35	490	36	447	35	35	36	34
65 – 75	238	9	132	10	106	8	11	11	11
75 und mehr	193	7	80	6	113	9	8	6	10
Insgesamt	2 672	100	1 377	100	1 295	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	40,6		40,0		41,2		42,0	40,7	43,2

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr*) in der Gemeinde



Bevölkerungsvorausrechnung

Die **Bevölkerungsvorausrechnung** mit Basis 2017 geht von einem Anstieg der Einwohnerzahl in Baden-Württemberg auf 11,37 Mill. bis 2035 aus. Im Anschluss ist mit einem Bevölkerungsrückgang bis 2060 auf das Niveau der Einwohnerzahl des Jahres 2017 zu rechnen, weil sich das bestehende Geburtendefizit aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung vergrößern wird. Auch die Zuwanderung kann diese Entwicklung aller Voraussicht nach nicht aufhalten.

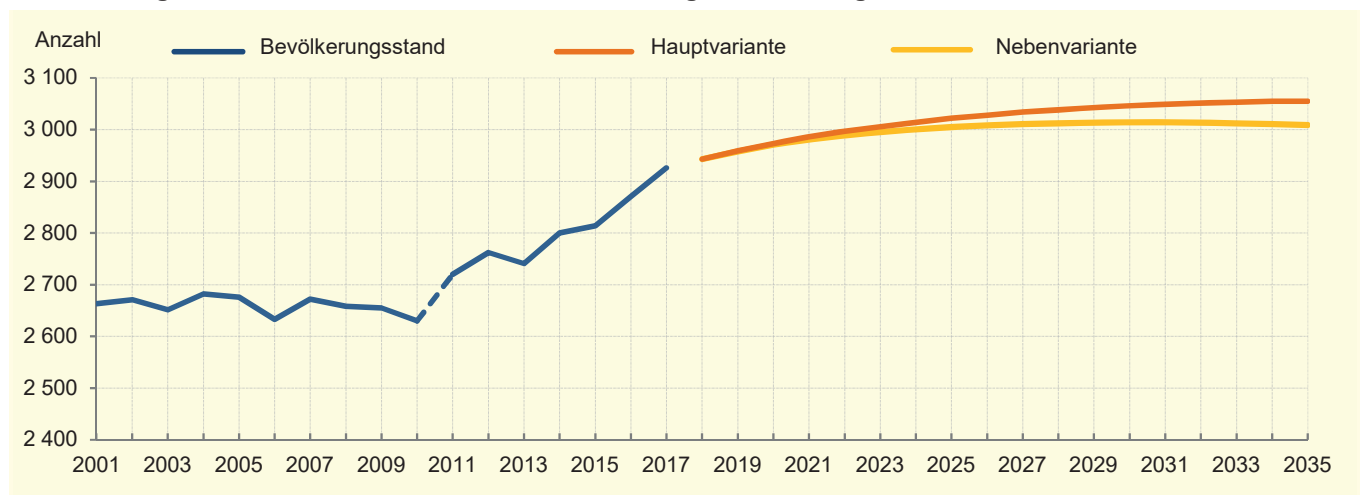
Bis 2035 wachsen voraussichtlich alle Kreise des Landes, im Schnitt um 3,1 %. Das größte Wachstum verzeichnen dabei die Stadtkreise Ulm (+ 5,8 %) und Karlsruhe (+ 5,6 %). Auffällig ist die positive Entwicklung des Hohenlohekreises, in dem in den nächsten 18 Jahren fast alle Gemeinden mindestens 3 % an Bevölkerung zulegen. Ansonsten steigt die Einwohnerzahl insbesondere in jenen Stadt- und Landkreisen, welche sich in der Nähe von großen Städten befinden – und zwar stärker, als diese Städte selbst. Am schwächsten wachsen die Kreise Baden-Baden (+ 0,2 %), der Bodenseekreis (+ 1,5 %) und der Schwarzwald-Baar-Kreis (+ 1,5 %).

Die Werte der Hauptvariante entsprechen einer weiterhin hohen Geburtenrate von 1,56 Kindern je Frau. Die Nebenvariante gibt hingegen die Entwicklung an, falls die Geburtenrate auf 1,4 Kindern je Frau sinkt, was dem Durchschnitt der letzten vierzig Jahre entspräche.

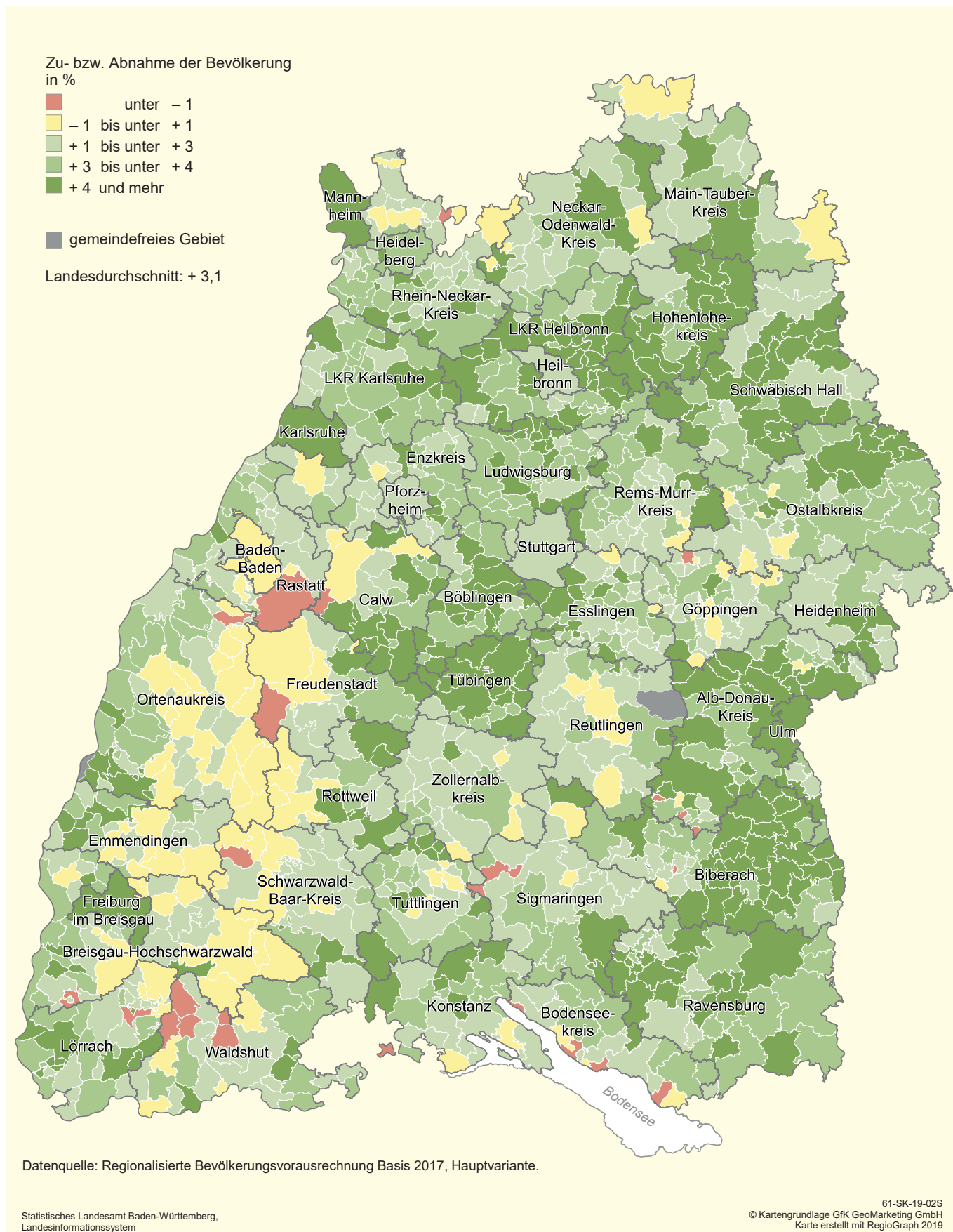
Voraussichtliche Bevölkerungsstruktur 2035 in der Gemeinde

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	76	2	39	2	37	2	3	3	3
3 – 6	84	3	43	3	41	3	3	3	3
6 – 15	290	9	150	10	140	9	9	9	8
15 – 18	105	3	54	3	51	3	3	3	3
18 – 25	223	7	129	8	94	6	7	8	7
25 – 40	485	16	256	16	229	15	18	19	17
40 – 65	996	33	519	33	477	32	31	32	31
65 – 75	413	14	206	13	207	14	13	13	14
75 und mehr	385	13	171	11	214	14	13	11	15
Insgesamt	3 057	100	1 567	100	1 490	100	100	100	100
	Durchschnittsalter in Jahren								
	45,3		44,3		46,3		45,5	44,2	46,8

Bevölkerungsstand und voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde



Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden zwischen 2017 und 2035 – Hauptvariante



Bildung

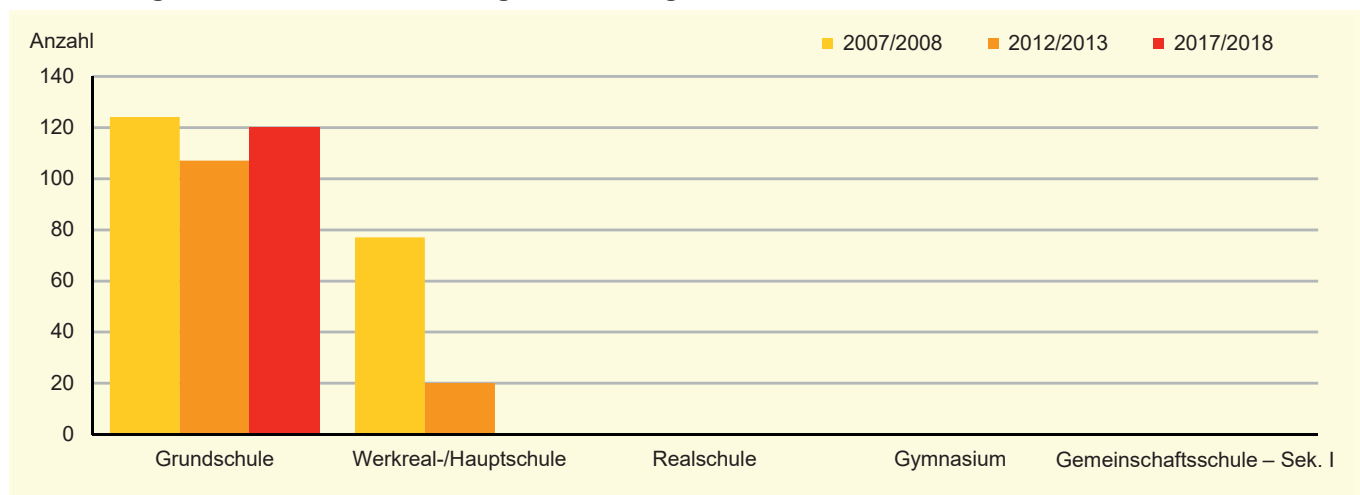
Zum Schuljahr 2017/18 wurde an den allgemeinbildenden Schulen mit knapp 1,11 Mill. Schülerinnen und Schülern die bisher niedrigste Schülerzahl in Baden-Württemberg im laufenden 21. Jahrhundert verzeichnet. Im Vergleich zum bisherigen Höchststand mit fast 1,31 Mill. Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2003/04 bedeutete dies einen Rückgang um gut 15 %. Ab diesem Zeitpunkt gingen die Schülerzahlen insbesondere durch die geringere Anzahl von Schulanfängerinnen und -anfängern jährlich zurück. Bis zum Schuljahr 2025/26 dürfte die Schülerzahl auch aufgrund der zuletzt wieder leicht steigenden Einschulungszahlen auf 1,17 Mill. ansteigen.

Seit dem Höchststand der Schülerzahlen waren in den vergangenen 15 Schuljahren die verschiedenen Schularten in unterschiedlichem Maße von rückläufigen Schülerzahlen betroffen. Die geringsten Verluste verzeichneten mit knapp 4 % die Gymnasien. Die Grundschulen und Realschulen wiesen mit 16 % bzw. gut 13 % Schülerzahlverluste nahe dem Gesamtrückgang im Land auf. Besonders hart traf es die Werkreal-/Hauptschulen, die mehr als zwei Drittel ihrer Schülerschaft verloren. Die unterschiedlichen Entwicklungen lassen sich auch auf eine geänderte Schullandschaft zurückführen. Beispielsweise wurden zum Schuljahr 2012/13 die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft und die **Gemeinschaftsschule** eingeführt. Diese zumeist an Standorten von Werkreal-/Hauptschulen eingerichtete neue Schulart zählte zum Schuljahr 2017/18 gut 65 000 Schülerinnen und Schüler.

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2017/2018 in der Gemeinde

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt		Darunter öffentliche Schulen					
	Schulen ¹⁾	Schüler/-innen	Schüler/-innen zusammen	und zwar		Schüler/-innen je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 2007/2008	
				weiblich	ausländisch		Schüler/-innen zusammen	Schüler/-innen je Klasse ²⁾
	Anzahl		%		Anzahl			
Grundschulen ³⁾	1	120	120	55	3	20	124	21
Werkreal-/Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	77	19
Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren ⁴⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	–	–	–	–	–
Gemeinschaftsschulen – Sek. I	–	–	–	–	–	–	x	x
Freie Waldorfschulen	–	–	x	x	x	x	x	x
Insgesamt⁵⁾	1	120	120	55	3	20	201	20

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen in der Gemeinde



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Zur Jahresmitte 2018 waren in Baden-Württemberg gut 4,67 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter rund 2,1 Mill. Frauen. Insgesamt waren dies fast 760 000 (+ 19 %) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als 10 Jahre zuvor. 2018 waren gut ein Drittel (1 583 000) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 50 Jahre oder älter, 2008 betrug ihr Anteil mit rund 953 000 Personen noch 24 %. Während die Zahl der deutschen Beschäftigten in der letzten Dekade um knapp 430 000 bzw. 12 % angestiegen ist, wuchs die Zahl der ausländischen Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 333 000 Personen oder 81 %.

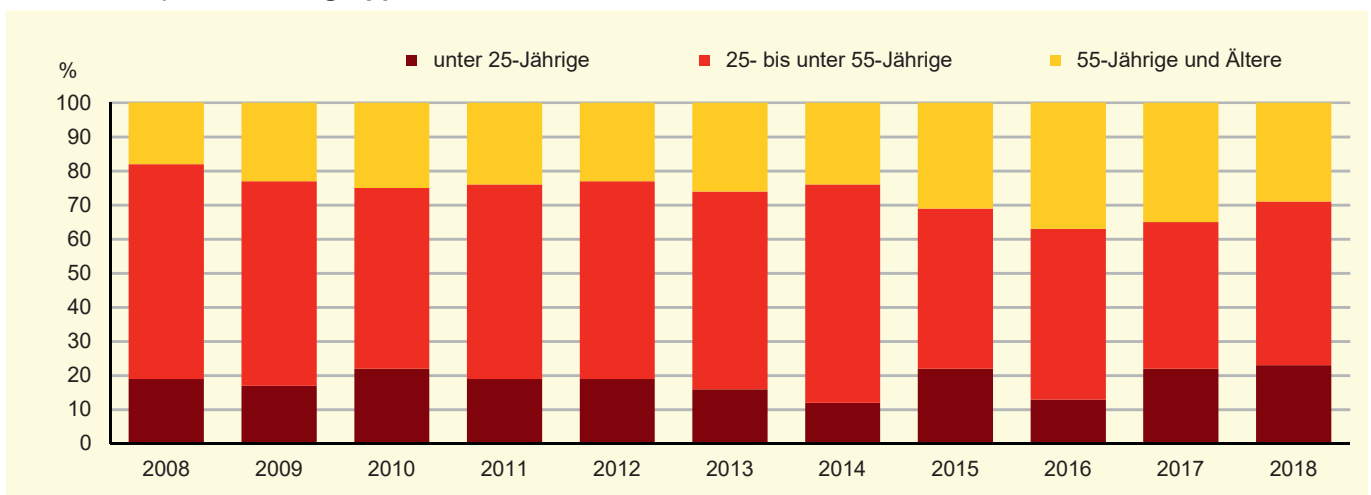
Der wirtschaftliche Strukturwandel hat sich auch in den letzten 10 Jahren weiter fortgesetzt. Von 2008 auf 2018 erhöhte sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor von 61 auf 64 % und beschäftigte rund 3 Mill. Personen (+ 600 000). Gleichzeitig sank der Anteil der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe von 39 auf 36 %. Dort waren 2018 1,7 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (+ 154 000).

2018 waren 195 000 Menschen im Land ohne Arbeit und damit 34 000 bzw. 15 % weniger als vor 10 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Arbeitslosen um rund 18 000 bzw. 8 % verringert. Im Bundesvergleich hatte im Jahr 2018 nur Bayern mit 2,9 % eine geringere Arbeitslosenquote als Baden-Württemberg (3,2 %).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*) in der Gemeinde

Jahr	Beschäftigte		Und zwar ²⁾				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt ¹⁾	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl		%					Anzahl	%	
2001	287	108	30	49	28	21	46	41	9	35
2003	297	111	32	47	29	23	51	41	12	20
2005	323	120	29	.	32	.	52	44	19	15
2007	355	135	33	44	32	21	25	56	16	12
2009	371	141	32	44	32	22	35	49	17	23
2011	382	141	31	46	31	22	21	57	19	24
2013	421	154	33	60	16	23	38	58	16	26
2015	417	149	34	66	.	.	32	47	22	31
2018	457	154	40	61	.	.	31	39	23	29

Arbeitslose*) nach Altersgruppen in der Gemeinde



Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2017 Baugenehmigungen für rund 38 500 Wohnungen in 15 500 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Damit wurden fast 13 % oder gut 5 700 Wohnungen weniger genehmigt als 2016, jedoch knapp 9 % mehr als im Jahr 2015.

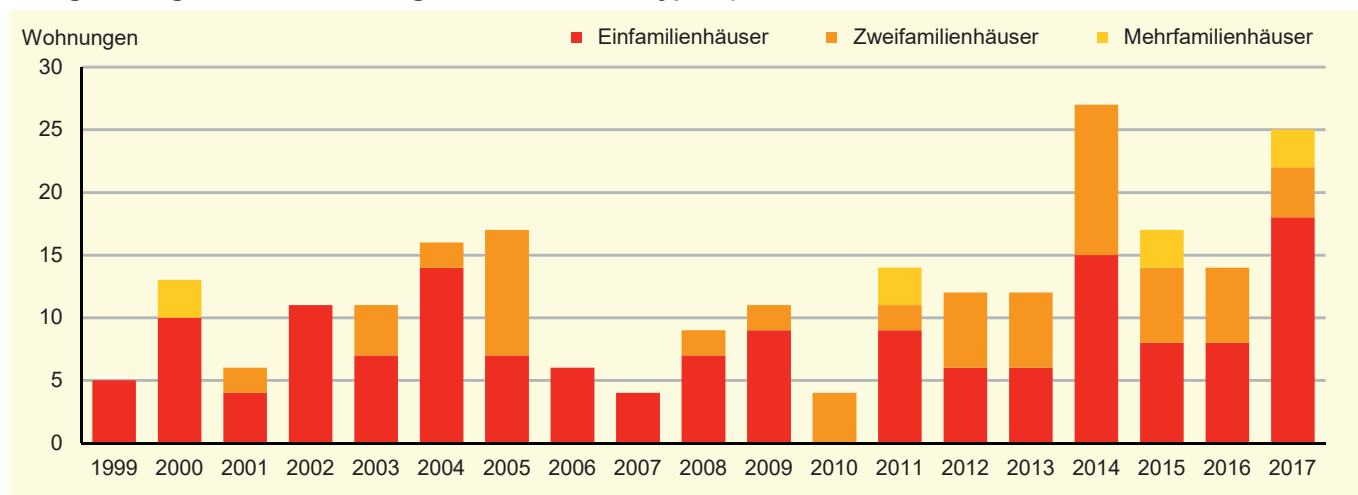
Die Baufertigstellungen von Wohngebäuden in Baden-Württemberg gingen nach 2016 auch im Jahr 2017 zurück. In 14 200 Wohngebäuden wurden rund 33 500 Wohnungen fertiggestellt. Das waren allerdings 778 Wohnungen mehr als 2016. Das erklärt sich durch den leicht gesunkenen Anteil der Einfamilienhäuser, der mit 72 % zwei Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres von 74 % liegt. Dafür wurden mehr Zwei- und Mehrfamilienhäuser bezugsfertig. 13 % der Gebäude, die im Jahr 2017 bezugsfertig gestellt wurden, waren Zweifamilienhäuser und 15 % Mehrfamilienhäuser. Das waren jeweils ein Prozentpunkt mehr als im Jahr 2016.

Insgesamt wurden 2017 rund 3,58 Mill. m² Wohnfläche in neuen Wohnungen in Wohngebäuden bezugsfertig. Dabei betrug die durchschnittliche Wohnfläche in Einfamilienhäusern 158 m² und lag damit 2 m² über 2016. Bei Zweifamilienhäusern lag die Wohnfläche bei 111 m² (2016: 113 m²), in Mehrfamilienhäusern bei durchschnittlich 86 m² und damit 1 m² über 2016 mit 85 m².

Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude in der Gemeinde

Jahr	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen							
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Anteil nach Gebäudetyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudetyp		
				Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. Häuser ¹⁾		Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. häuser
	Anzahl		%			Anzahl	100 m ²			
2009	9	12	10	90	10	–	11	14	2	–
2010	7	12	2	–	100	–	4	–	6	–
2011	9	10	11	82	9	9	14	13	3	3
2012	15	19	9	67	33	–	12	9	7	–
2013	15	22	9	67	33	–	12	8	6	–
2014	13	19	21	71	29	–	27	25	13	–
2015	12	16	12	67	25	8	17	10	6	4
2016	24	29	11	73	27	–	14	13	6	–
2017	7	12	21	86	10	5	25	29	4	3

Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen*) in der Gemeinde



Wohnen

Ende 2017 gab es in Baden-Württemberg rund 5 262 000 Wohnungen (einschließlich Wohnungen in Wohnheimen). Etwa 96 % der Wohnungen befanden sich in rund 2 414 000 Wohngebäuden. Mit 61 % waren Einfamilienhäuser der häufigste Wohngebäudetyp. Ihr Anteil ist seit 1968 von 42 % kontinuierlich angestiegen. Rückläufig ist dagegen der Anteil von Zweifamilienhäusern, er ist landesweit von 27 % im Jahr 1968 auf 21 % im Jahr 2017 zurückgegangen. Der Anteil der Mehrfamilienhäuser stieg im selben Zeitraum leicht von 17 auf 18 %.

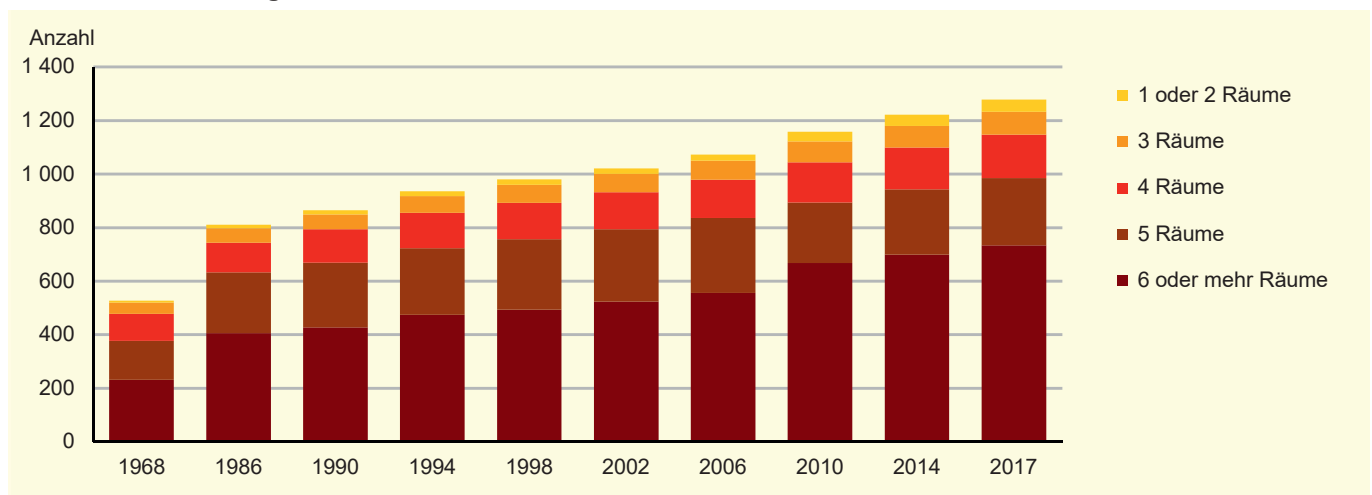
Die Hälfte der Wohnungen in Wohngebäuden befanden sich 2017 in Mehrfamilienhäusern. Diese Verteilung ändert sich nur im langfristigen Vergleich. Der höchste Anteil an Einfamilienhäusern findet sich in ländlich geprägten Regionen. Mit knapp 92 % war dieser in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen im Zollernalbkreis 2017 wie schon in den Vorjahren am höchsten. Den niedrigsten Anteil an Einfamilienhäusern hat mit 32 % die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis).

Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung im Bestand liegt derzeit (Ende 2017) bei 96 m². Im Vergleich zu 2002 bedeutet dies eine Zunahme um gut 5 m². Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum ebenfalls um 5 m². Jeder Einwohnerin und jedem Einwohner Baden-Württembergs standen 2017 damit rein rechnerisch 46 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt ²⁾	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ³⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1968	476	277	58	30	6	3	1	527	348	28
1986	631	524	83	93	15	14	2	810	295	38
1990	667	544	82	107	16	16	2	864	295	38
1994	720	580	81	123	17	17	2	935	280	41
1998	746	593	79	133	18	20	3	980	267	43
2002	779	622	80	135	17	22	3	1 021	262	44
2006	822	654	80	145	18	23	3	1 072	246	48
2010	849	664	78	153	18	32	4	1 157	227	54
2014	900	701	78	166	18	33	4	1 221	229	54
2017	945	735	78	175	19	35	4	1 278	229	54

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl in der Gemeinde



Parlamentswahlen

Bei der Bundestagswahl am 24.09.2017 schwankte die Höhe der Zweitstimmenanteile der Parteien innerhalb Baden-Württembergs mitunter deutlich. Im Gegensatz zur CDU, welche vor allem in Gemeinden mit niedriger Bevölkerungsdichte punkten konnte, schnitt die SPD tendenziell in Gebieten mit höherer Bevölkerungsdichte überdurchschnittlich ab. GRÜNE und DIE LINKE fanden insbesondere in den Universitätsstädten des Landes bzw. Gemeinden mit hohem Akademikeranteil an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten überdurchschnittliche Unterstützung. FDP und AfD konnten vor allem in Gemeinden mit niedrigem Katholikenanteil höhere Zweitstimmenanteile erringen.

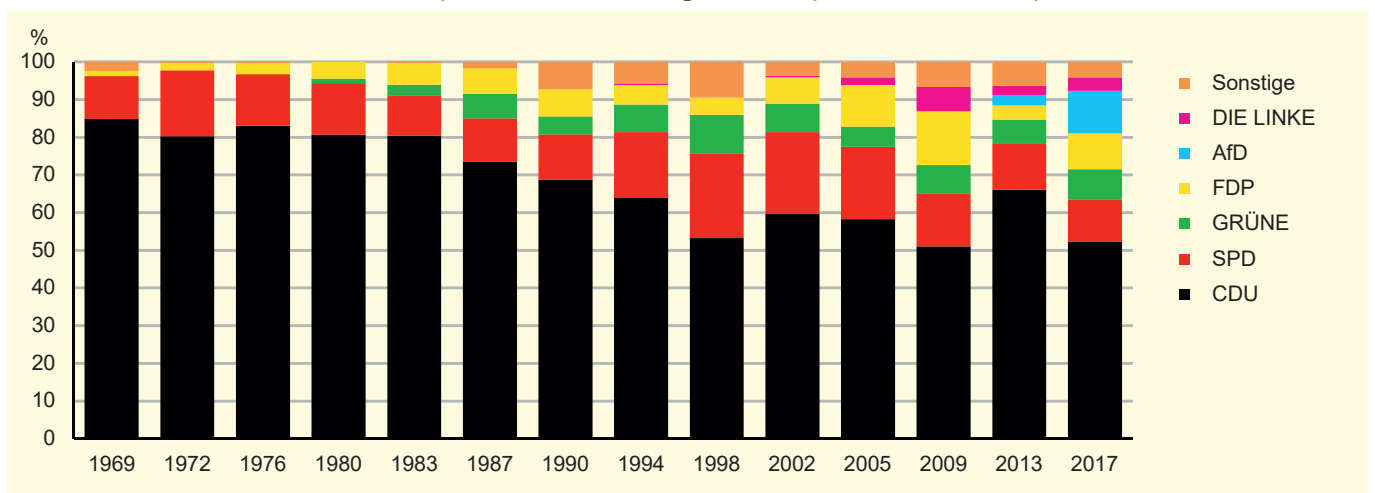
Bei der Wahl zum 16. Landtag von Baden-Württemberg am 13.03.2016 erreichten die GRÜNEN mit 30,3 % das beste Ergebnis und wurden damit erstmals in ihrer Geschichte stärkste Kraft bei einer Landtagswahl. Die CDU und SPD sanken auf ein Allzeittief, die AfD zog aus dem Stand in den Landtag ein und die FDP konnte sich in ihrem Stammland leicht verbessern. DIE LINKE scheiterte abermals an der Fünfprozenthürde. Die Wahlbeteiligung ist nochmals deutlich gestiegen und lag bei 70,4 %.

Die aktuelle Wahl zum Europäischen Parlament fand in Deutschland am 26.05.2019 und damit nach Redaktionsschluss statt. Ergebnisse zu dieser Wahl werden deshalb erst in der nächsten Ausgabe enthalten sein.

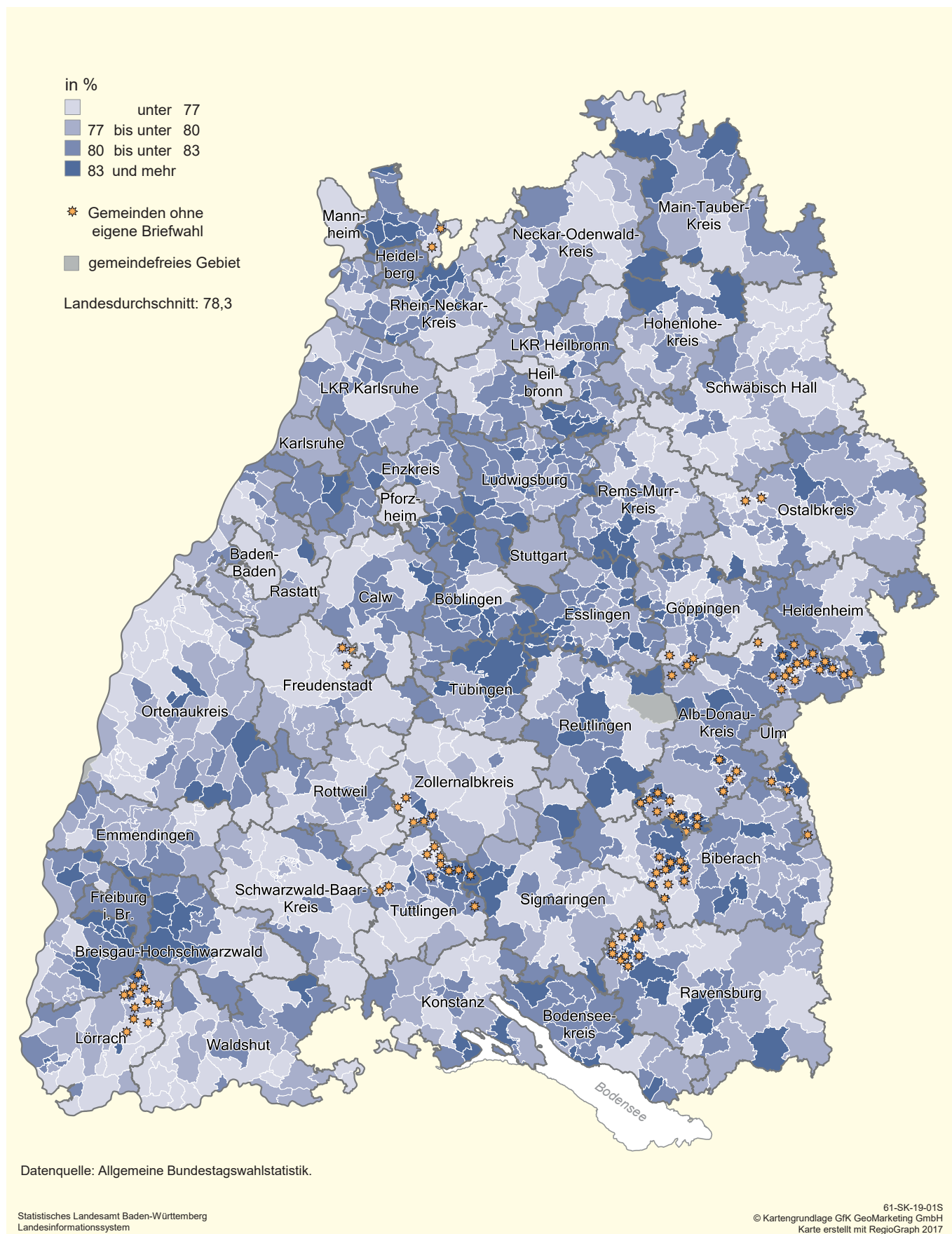
Wahlergebnisse in der Gemeinde

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile ²⁾						
					GRÜNE	CDU	AfD	SPD	FDP	DIE LINKE	Sonstige
					% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte						
Landtagswahl 2016	mit	2 216	1 708	77,1	25,5	45,1	12,6	6,8	5,5	1,2	3,3
Landtagswahl 2011	mit	2 112	1 474	69,8	15,3	56,9	x	16,6	3,5	1,6	6,1
Veränderung		+ 104	+ 234	+ 7,3	+ 10,2	- 11,8	+ 12,6	- 9,8	+ 2,0	- 0,4	- 2,8
Bundestagswahl 2017	mit	2 248	1 834	81,6	8,8	50,7	11,2	11,4	9,3	3,8	4,6
Bundestagswahl 2013	mit	2 165	1 759	81,2	6,9	64,5	2,9	12,9	4,0	2,6	6,3
Veränderung		+ 83	+ 75	+ 0,4	+ 1,9	- 13,8	+ 8,3	- 1,5	+ 5,3	+ 1,2	- 1,7
Europawahl 2014	mit	2 177	1 333	61,2	7,8	62,7	4,0	13,2	2,5	2,0	7,8
Europawahl 2009	mit	2 094	1 314	62,8	7,7	59,0	x	9,8	11,6	2,3	9,7
Veränderung		+ 83	+ 19	- 1,6	+ 0,1	+ 3,7	+ 4,0	+ 3,4	- 9,1	- 0,3	- 1,9

Zweitstimmenanteile der Parteien*) bei den Bundestagswahlen (ohne Briefwähler) in der Gemeinde



Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 in den Gemeinden



Landwirtschaft

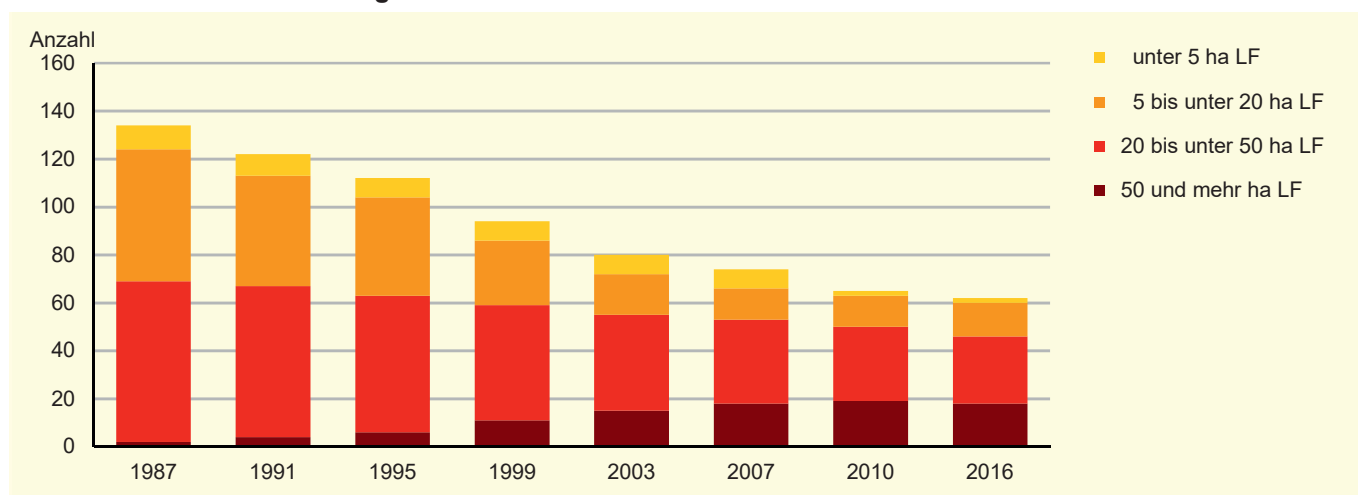
In Baden-Württemberg gab es 2016 noch 40 589 landwirtschaftliche Betriebe, die zusammen 1,42 Mill. Hektar **landwirtschaftlich genutzte Fläche** (ha LF) bewirtschaftet haben. Seit 2010 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Land um knapp 4 000 verringert. Das sind rein rechnerisch fast zwei Betriebe pro Tag weniger. Die durchschnittliche Betriebsgröße hat dagegen um rund ein Zehntel zugenommen und weist im Land große regionale Unterschiede auf, die auf die enorme Vielfalt naturräumlicher und wirtschaftlicher Standortbedingungen zurückzuführen sind. Die ökologische Landwirtschaft insgesamt ist auf Wachstumskurs im Land. Der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe wie der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche nahm in den vergangenen Jahren fortlaufend zu und hat 2016 neue Höchstwerte erreicht.

Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung gibt es in Baden-Württemberg hingegen immer weniger: die Anzahl der Betriebe mit Rindern hat sich seit 1999 mehr als halbiert, bei den Schweinehaltern haben nahezu drei von vier Betrieben aufgegeben. Auch die Tierbestände haben sich verringert, allerdings weit weniger stark als die jeweiligen Haltungen. Der Wandel in der Tierhaltung lässt sich kurz so beschreiben: es gibt weniger Tierhalterinnen und Tierhalter, sie haben sich in der Regel auf die Haltung einer Tierart spezialisiert und im einzelnen Betrieb werden deutlich mehr Tiere gehalten als früher.

Landwirtschaftliche Strukturdaten*) in der Gemeinde

Jahr	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Davon			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
		Öko-Betriebe		Ackerland	Dauergrünland	sonstige Fläche		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
Anzahl	ha	%			ha	Anzahl					
1987	134	–	2 890	59	41	–	22	6 699	56	2 323	24
1991	122	–	2 874	59	40	.	24	6 658	61	2 191	31
1995	112	–	2 813	59	40	.	25	5 950	62	3 194	56
1999	94	2	2 815	61	39	–	30	5 608	73	3 759	114
2003	80	3	2 745	61	39	–	34	4 742	76	3 180	122
2007	74	3	2 628	61	39	–	36	4 592	85	3 766	222
2010	65	3	2 572	61	38	–	40	4 440	87	3 177	265
2016	62	3	2 446	60	40	–	39	3 984	97	4 211	602

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur in der Gemeinde



Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die **bereinigten Einnahmen** lagen 2018 mit 33,9 Mrd. Euro um 1,9 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 5,8 %). Gegenüber 2017 stiegen die Steuereinnahmen in Baden-Württemberg um 4,9 % auf 16,5 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) stieg um 6,3 % und beträgt nun 6,8 Mrd. Euro. Die **bereinigten Ausgaben** der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2017 um 1,8 Mrd. auf 32,4 Mrd.

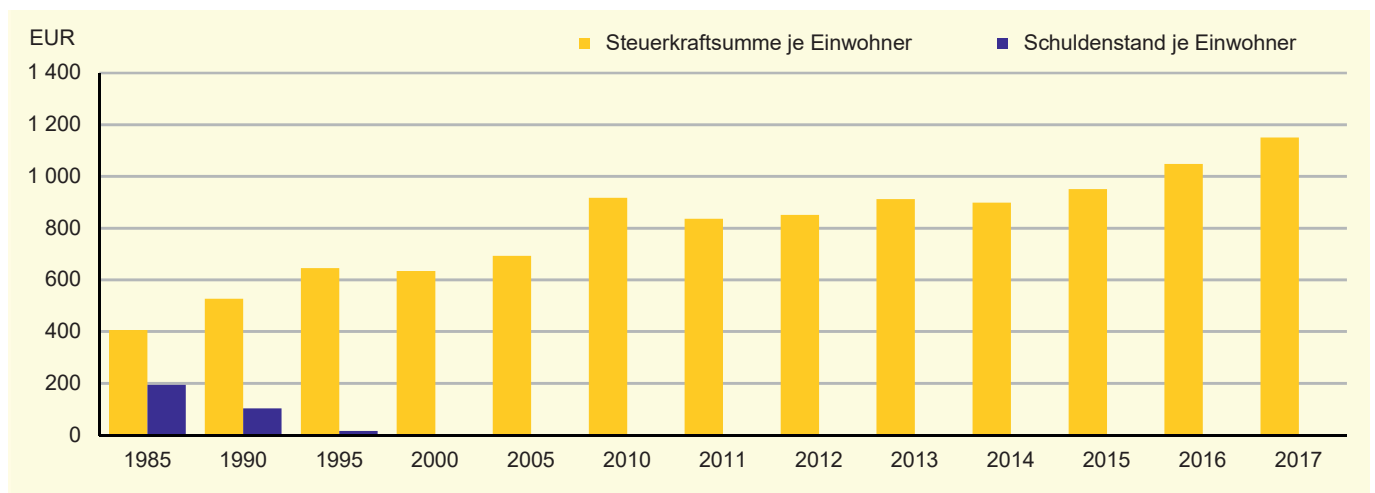
Die **Schulden** der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betragen am 31.12.2017 insgesamt rund 12,7 Mrd. Euro, wovon 6 Mrd. von den Kernhaushalten und gut 6,7 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 40 Mill. Euro bzw. knapp 0,5 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Eigenbetriebe lag landesweit im Schnitt bei 1 021 Euro.

Am 30. Juni 2017 arbeiteten 179 135 Beschäftigte bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 157 880 Personen beschäftigt, davon 70 190 Teilzeitkräfte. Die Eigenbetriebe beschäftigten 14 945 Personen, davon 4 395 in Teilzeit. 6 315 Beschäftigte arbeiteten in Krankenhäusern, darunter 2 460 Personen in Teilzeit. Insgesamt lag der Anteil der Teilzeitkräfte an allen Gemeindebediensteten bei 43 %.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme ¹⁾		Schuldenstand ²⁾		Gewerbesteuer		Personalstand ³⁾	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	690	303	813	348	128	55	10	.
1985	941	405	460	194	114	48	15	.
1990	1 317	527	260	103	155	61	20	.
1995	1 700	645	41	15	332	126	20	.
2000	1 672	633	–	–	229	86	15	15
2005	1 853	692	–	–	247	92	15	15
2010	2 416	916	–	–	236	89	20	20
2015	2 610	950	–	–	907	324	35	30
2016	2 935	1 048	–	–	1 010	356	40	30
2017	3 261	1 150	–	–	819	283	45	35

Steuerkraftsumme und Schuldenstand der Gemeinde



Wasserwirtschaft

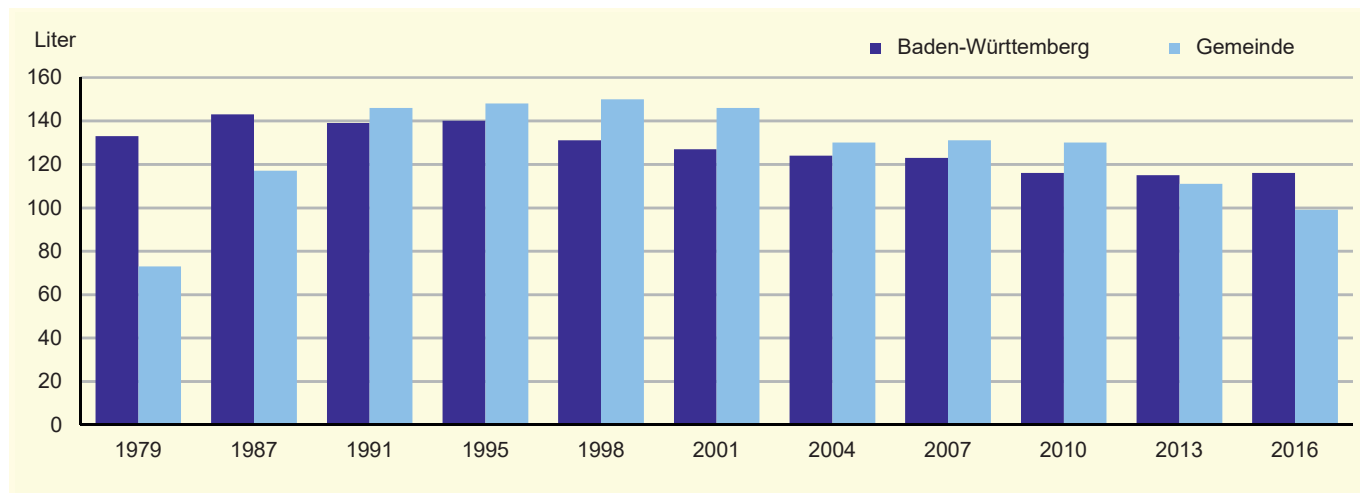
In Baden-Württemberg benötigte jede Einwohnerin und jeder Einwohner im Jahr 2016 durchschnittlich 119 Liter Trinkwasser am Tag. Dagegen lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1991 noch bei 140 Litern. Höhere Energie- und Wasserpreise sowie ein gestärktes Umweltbewusstsein haben in den letzten Jahrzehnten die Verbreitung umweltfreundlicher Haushaltstechnik gefördert und das Verbraucherverhalten insgesamt verändert. Das Trinkwasser in Baden-Württemberg stammt aus lokalen Wasservorkommen und/oder aus Wasservorkommen jenseits der Gemeindegrenze mit regionaler oder überregionaler Bedeutung. Die Trinkwassergewinnung in wasserreichen Gebieten deckt den örtlichen Wasserbedarf (Trinkwasserabgabe insgesamt) oder übertrifft ihn und trägt dann zur (Verbund-)Versorgung anderer Gemeinden bei.

Der durchschnittliche **Trinkwasserpreis** lag in Baden-Württemberg 2018 bei 2,15 €/m³. Die Einheitsgebühr belief sich auf 3,15 €/m³, die Schmutzwassergebühr bei Gebührensplittung auf 1,94 €/m³ und die Niederschlagswassergebühr auf 0,47 €/m². Seit 2010 stellten fast alle der 1 101 Gemeinden von der Einheitsgebühr auf die gesplittete Abwassergebühr um, die aus der Schmutzwassergebühr für die verbrauchte Trinkwassermenge und der Niederschlagswassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossene (versiegelte) Grundstücksfläche besteht. Zum Trinkwasserpreis kommt meist ein verbrauchsunabhängiger Grundpreis für die von den Wasserversorgern bereitgehaltene Infrastruktur und die Nutzung des Hauswasserzählers hinzu.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise in der Gemeinde

Jahr	Wassergewinnung insgesamt ¹⁾	Wasserabgabe insgesamt ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher ³⁾			Trinkwasserpreis ⁴⁾ am 1.1.	Abwasser am 1.1.			
			zusammen	darunter an Haushalte und Kleingewerbe			Einheitsgebühr	Schmutzwassergebühr	Niederschlagswassergebühr	
										Liter
		1 000 m ³		%		EUR je m ³		EUR je m ²		
1979	383	164	137	61	45	73	0,36	0,51	.	.
1987	403	196	155	104	67	117	0,34	0,77	.	.
1995	2 006	209	193	142	74	148	0,89	2,04	.	.
2001	1 884	195	193	142	74	146	0,93	2,40	–	–
2007	1 922	175	173	126	73	131	0,98	2,78	–	–
2010	1 904	193	167	125	75	130	0,98	–	2,40	0,27
2013	447	190	159	111	70	111	0,98	–	2,40	0,27
2016	474	188	173	102	59	99	1,04	–	2,47	0,28
2018	1,04	–	2,47	0,27

Täglicher Pro-Kopf-Trinkwasserverbrauch



Umwelt

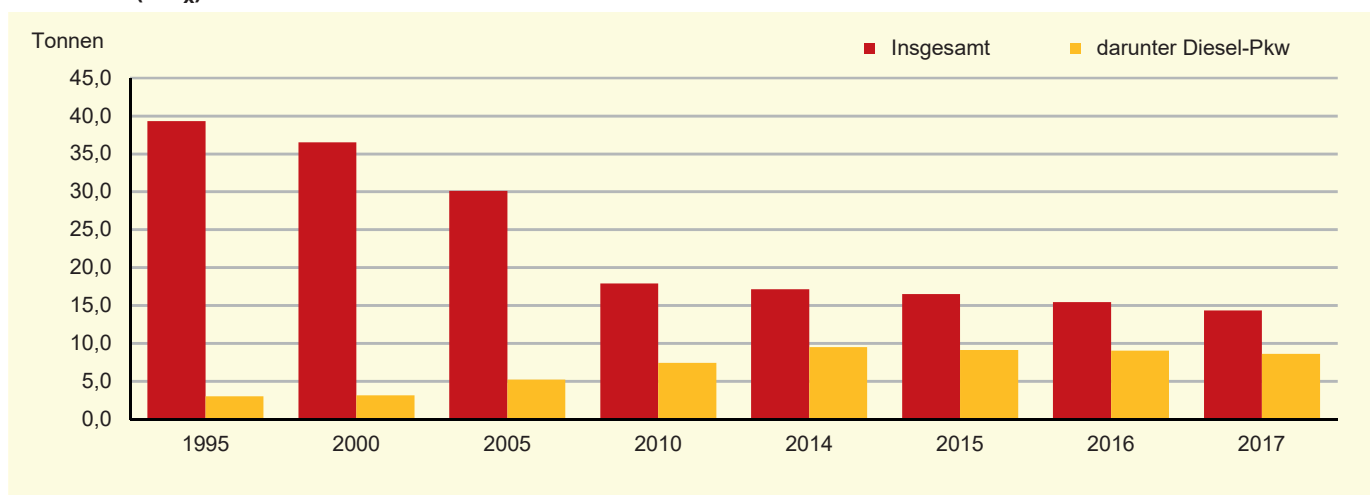
Die mit Kraftfahrzeugen auf den Straßen im Land jährlich zurückgelegten Entfernungen, die sogenannten **Jahresfahrleistungen**, weisen weiterhin eine steigende Tendenz auf, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgeschwächt. Insgesamt wurden im Jahr 2017 94,5 Mrd. Kilometer mit Kraftfahrzeugen zurückgelegt, rund 0,2 % mehr als 2016. Den größten Zuwachs verzeichnete der Güterverkehr, der im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 % zunahm. Insbesondere die Fahrleistungen der leichten Nutzfahrzeuge verzeichnen hier die stärksten Zuwachsraten – sie haben sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Der größte Anteil an den Jahresfahrleistungen entfällt mit 84 % auf die Pkw, allerdings mit sinkender Tendenz.

Trotz steigendem Trend bei Jahresfahrleistungen und Kraftstoffverbrauch haben die jährlichen **Schadstoffemissionen** durch stetig weiterentwickelte abgastechnische Maßnahmen an den Fahrzeugen mit Otto- und Dieselmotor spürbar abgenommen. So lagen die Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2017 bei 49 700 t, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von 7,5 % und gegenüber 2005 um 48 % entspricht. Für die Gesamtentwicklung haben die Diesel-Pkw mittlerweile mit einem Anteil von fast 57 % das größte Gewicht, während die Schwere Nutzfahrzeuge aktuell nur noch 18 % der Stickoxidemissionen verursachen. Vor 10 Jahren war der Beitrag der Schwere Nutzfahrzeuge noch etwa doppelt so hoch wie der der Diesel-Pkw.

Emissionen und Jahresfahrleistungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs					Jahresfahrleistungen				
	Ins-gesamt ²⁾	darunter durch				Ins-gesamt ²⁾	darunter durch			
		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutzfahrzeuge	Leichte Nutzfahrzeuge		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutzfahrzeuge	Leichte Nutzfahrzeuge
	Tonnen					Mill. km				
1995	39,3	3,0	11,3	21,1	1,3	27,8	5,2	18,2	2,4	1,0
2000	36,5	3,1	9,2	20,5	1,3	30,3	5,2	20,2	2,6	1,1
2005	30,1	5,2	5,7	16,0	1,1	30,3	8,9	16,8	2,5	1,0
2010	17,9	7,4	2,8	5,5	1,2	30,5	12,8	14,3	1,2	1,3
2014	17,1	9,5	1,8	4,0	1,1	32,0	15,0	13,4	1,3	1,3
2015	16,5	9,1	1,6	4,1	1,1	31,1	14,8	12,5	1,5	1,4
2016	15,4	9,0	1,4	3,3	1,0	31,7	15,2	12,5	1,6	1,5
2017	14,3	8,6	1,3	2,8	1,0	31,6	15,1	12,5	1,6	1,6

Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs in der Gemeinde



Verkehr

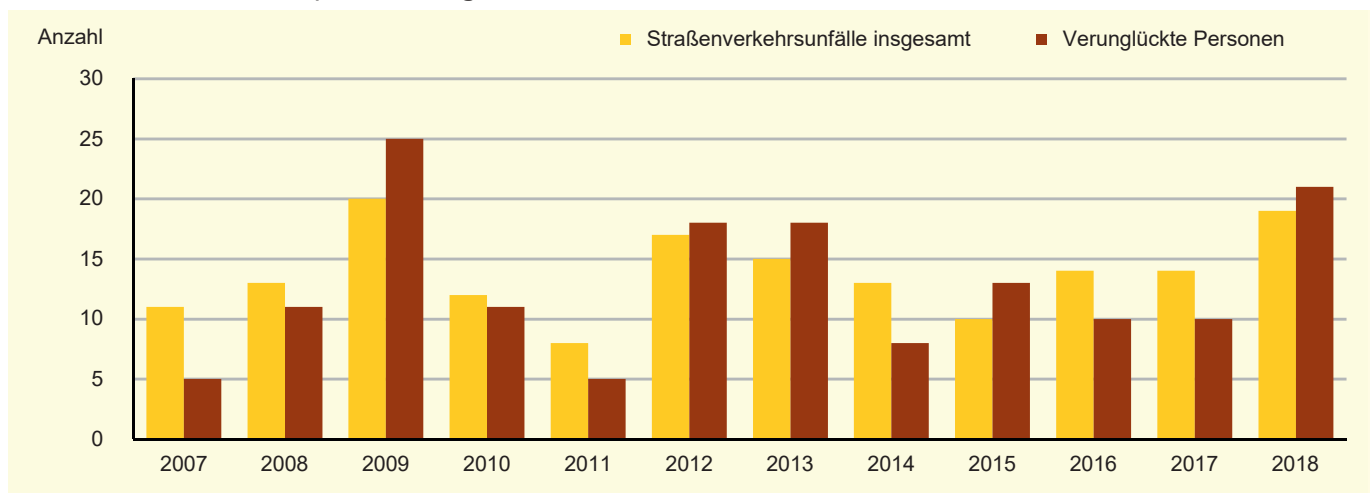
Der Bestand an Kraftfahrzeugen in Baden-Württemberg erhöhte sich im Laufe der letzten 5 Jahre um knapp 8 %. Insgesamt waren 2018 rund 8 Mill. Kfz zugelassen, darunter über 6,5 Mill. Pkw. Beinahe 79 % des Pkw-Bestandes sind mittlerweile gemäß den Emissionsgruppen 4 bis 6 schadstoffreduziert, alternative Antriebsarten führen hingegen mit einem Anteil 1,4 % noch eher ein Nischendasein. Der Motorisierungsgrad der Bevölkerung nimmt weiter zu. Kamen 2014 landesweit noch 574 Pkw auf 1 000 Baden-Württemberger, waren es 2018 schon 592. Deutschlandweit lag dieser Wert zum Vergleich bei 566 Kraftwagen. Die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Ausstattung der Bevölkerung mit Pkw sind zum Teil erheblich. Faktoren wie die örtliche Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr oder auch siedlungsstrukturelle Aspekte beeinflussen die Höhe der Pkw-Dichte maßgeblich. In den Universitätsstädten Heidelberg und Freiburg ist diese mit 374 bzw. 398 Pkw je 1 000 Einwohner am niedrigsten.

Mit rund 48 500 Personen verunglückten 2018 mehr Menschen bei [Straßenverkehrsunfällen](#) als im Jahr zuvor. Die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer sank dagegen weiter auf 440 ab, das entspricht 18 Personen weniger als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Unfälle sank gegenüber dem Vorjahr leicht auf rund 324 200, in 88 % der Unfälle entstand lediglich Sachschaden.

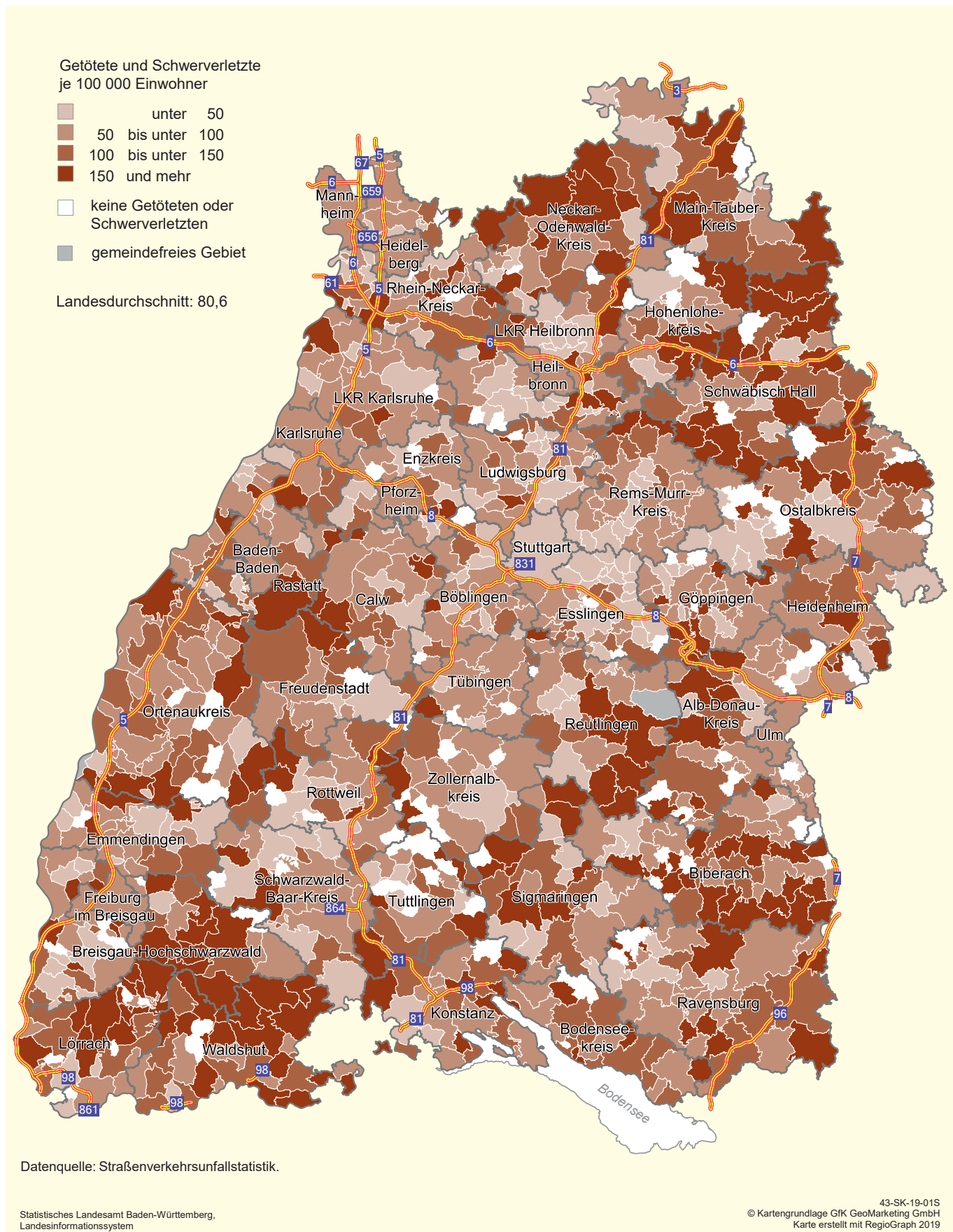
Kraftfahrzeuge und Straßenverkehrsunfälle*) in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Straßenverkehrsunfälle		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt ²⁾	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw ³⁾	Krafträder						
Anzahl									
1991	1 761	1 268	125	494	21	13	20	–	5
1995	2 041	1 429	174	540	11	9	18	–	7
1999	2 142	1 462	184	553	12	9	16	1	3
2003	2 374	1 629	204	610	5	4	4	–	2
2007	2 479	1 720	226	653	11	5	5	–	1
2011	2 428	1 658	220	630	8	5	5	–	2
2015	2 611	1 789	238	639	10	8	13	–	5
2016	2 698	1 831	263	651	14	10	10	1	1
2017	2 773	1 900	259	662	14	8	10	–	4
2018	2 837	1 933	281	661	19	15	21	–	6

Straßenverkehrsunfälle*) und verunglückte Personen in der Gemeinde



Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr in den Gemeinden 2018



Datenquellen und Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick ... und ... im Vergleich

- 1) Siehe unter „Wohnen“, Fußnote 3).
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter „Bildung“, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter „Umwelt“, Fußnote 2).
- 5) Siehe unter „Verkehr“, Fußnote *).
- 6) Siehe unter „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, Fußnote 1).
- 7) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Fläche

Datenquelle: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung.

*) Die Jahre 2000 und 2010 wurden entsprechend der ALKIS-Nomenklatur rückgerechnet und sind damit vergleichbar.

Bevölkerung

Datenquellen: Bis 1987 Volkszählungen (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011. Statistiken der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen.

*) Veränderungsrate 2011: einschließlich Zensus-Korrekturen.

- 1) Ohne bestandsrelevante Korrekturen.

Bevölkerungsvorausrechnung

Datenquellen: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – bis 2010 auf Basis VZ 1987, 2011 bis 2017 auf Basis Zensus 2011, ab 2018 Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung Basis 2017, Hauptvariante.

Bildung

Datenquelle: Amtliche Schulstatistik.

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Ohne Berücksichtigung von Schüler/-innen und Klassen in den Jahrgangsstufen 12 und 13 bzw. in den Jahrgangsstufen 1 und 2 (Kursphase) der Gymnasien, Schulen besonderer Art, Abendgymnasien und Kollegs sowie den Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Bis Schuljahr 2014/15 Sonderschulen.
- 5) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

*) Arbeitslose: Jahresdurchschnitte.

- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres.

- 2) Wirtschaftsgliederung:

1999 bis 2002: Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993);

2003 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003);

ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.

Bauen

Datenquellen: Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen.

- 1) Einschließlich Wohnheime.

*) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnen

Datenquelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes.

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres;

1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987;

2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.

- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

Parlamentswahlen

Datenquelle: Wahlstatistik.

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet:

Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.

2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile.

Die Reihenfolge der Parteien erfolgte entsprechend dem in Baden-Württemberg erreichten Stimmenanteil bei der letzten Landtagswahl.

*) Bis 1998 F.D.P., danach FDP; 1990 bis 2002 PDS, danach DIE LINKE.

Die Reihenfolge der Parteien erfolgte entsprechend dem in Baden-Württemberg erreichten Zweitstimmenanteil bei der letzten Bundestagswahl.

Landwirtschaft

Datenquellen: Agrarstrukturerhebung, Landwirtschaftszählung.

*) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze im Jahr 2010 sind die Daten mit den Vorjahren nur eingeschränkt vergleichbar.

Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Datenquellen: Vierteljährliche Kassenstatistik; Schuldenstatistik; Kommunale Jahresrechnung, Personalstandstatistik.

*) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.

1) Steuerkraftsumme je Einwohner: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.

2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapierschulden, Kassenkredite).

Schuldenstand je Einwohner: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.

3) Im Rahmen der Personalstandstatistik wird die Geheimhaltung durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt.

Wasserwirtschaft

Datenquellen: Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung; Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte.

1) Örtliche und überörtliche (Gruppen- und Fernversorger) Wasserversorgungsunternehmen.

2) Wasserabgabe an Letztverbraucher einschließlich Leitungsverluste und Wasserwerkseigenverbrauch.

3) Haushalte und Kleingewerbe, öffentliche Einrichtungen und industrielle Abnehmer.

4) Einschließlich Mehrwertsteuer.

Umwelt

Datenquellen: Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg; Eigene Berechnungen lt. Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA) Version 3.3 2017.

1) 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015 Ergebnisse aufgrund der allgemeinen Verkehrszählung; andere Jahre Fortschreibung anhand der Ergebnisse für automatische Dauerzählstellen.

2) Einschl. Busse und Krafträder.

Verkehr

Datenquellen: Kraftfahrt-Bundesamt und Straßenverkehrsunfallstatistik.

*) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.

1) Stichtag jeweils 01.07.; ab 2001: jeweils 01.01.

2) 1995: ohne Busse; ab 2008 nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen.

3) Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden ab dem 01.10.2005 auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.

4) Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.

Glossar (alphabetisch)

Arbeitslose

Arbeitslose sind Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten sowie eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung suchen. Dabei ist zudem Voraussetzung, dass sie den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen und sich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen entsprechen Ausgaben bzw. Einnahmen nach Abzug haushaltstechnischer Verrechnungen sowie der von gleicher Ebene empfangenen Zahlungen. Die bereinigten Ausgaben/Einnahmen sagen aus, welche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung erforderlich wären und welche Einnahmen zu deren Deckung bereitstanden. Sie lassen sich exakt nur für die Summe der Gemeinden/Gemeindeverbände bilden.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen mit mehreren Wohnungen, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen, diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Bevölkerungsvorausrechnung

Ausgangspunkt für die neue Bevölkerungsvorausrechnung bis zum Jahr 2035 ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen zum 31.12.2017 auf Basis des Zensus 2011. Grundlage der Hauptvariante ist eine Geburtenrate von 1,56 Kindern je Frau. Den Berechnungen liegt zudem ein leichter Anstieg der Lebenserwartung zugrunde. Hinsichtlich der Wanderungen wurde für den gesamten Vorausrechnungszeitraum auf Landesebene (2018 bis 2060) ein positiver Wanderungssaldo in Höhe von 1,12 Mill. Personen unterstellt. Diese Werte fließen als Eckwerte in die Berechnung der regionalen Bevölkerungsentwicklung ein. Die Quoten zur Entwicklung von Geburten und Sterbefällen sowie die regionalen Wanderungsverhältnisse basieren auf der Entwicklung der letzten Jahre und stellen somit eine Status-Quo-Rechnung dar. Für die Entwicklung der Geburten wurde auf die Entwicklung der Jahre 2015 bis 2017 zurückgegriffen, bei den Sterbefällen auf 2014 bis 2017 und bei den Wanderungen auf die Jahre 2016 und 2017. Unternehmensgründungen- oder Schließungen, Bauprojekte oder beispielsweise Wachstumsrestriktionen, die sich vor allem in den großen Städten aufgrund

mangelnder Flächenverfügbarkeit ergeben können, werden nicht berücksichtigt. Das bedeutet, dass Gemeinden und Kreise ihre vorausgerechneten Ergebnisse immer mit Rückgriff auf ihr lokales Wissen interpretieren sollten.

Die aktuelle Bevölkerungsvorausrechnung mit Basis 2017 stellt auf regionaler Ebene eine herausfordernde Besonderheit dar, da die Entwicklung der vergangenen Jahre mehr als unstet war. Zum einen veränderte sich das Geburtenverhalten insofern, als dass die Geburtenrate nach 40 Jahren zum ersten Mal wieder deutlich gestiegen ist. Die Hauptvariante spiegelt diese hohe Geburtenrate der letzten Jahre wieder, während die Nebenvariante anzeigt, wie sich die Bevölkerung entwickeln würde, falls die Geburtenrate wieder auf das vorherige Niveau von 1,4 Kindern je Frau sinkt. Zum anderen variierte zeitgleich das Wanderungsgeschehen in erheblichem Ausmaß. Im Zuge der Fluchtbewegungen kam es zu vielen „unfreiwilligen“ Wanderungen (Zuweisung von Schutzsuchenden zu Gemeinden), welche die Ergebnisse in Gemeinden, in denen viele Schutzsuchende zeitweilig unterkamen oder in denen es Landeserstaufnahmestellen für Schutzsuchende (LEA) gab, stark verzerrten. Damit die Ergebnisse dennoch die kommunale und regionale Entwicklung berücksichtigen, wurden die Wanderungen von Personen mit Staatsangehörigkeiten, deren Inhaber größtenteils Schutzsuchende sind, bei der Berechnung ausgeschlossen.

Ausführliche methodische Hinweise sowie weitere Vorausrechnungsergebnisse finden sich auf der Homepage des Statistischen Landesamtes.

Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung. Sie soll individuelle Lern- und Förderpläne für alle Schülerinnen und Schüler bieten. Die Gemeinschaftsschule versteht sich als inklusive Schule und arbeitet in Lerngruppen. Noten (außer in den Abschlussklassen) müssen nicht gegeben werden. Auch „Sitzenbleiben“ gibt es nicht.

Jahresfahrleistungen

Die Ermittlung der Fahrleistungen je Fahrzeuggruppe auf Autobahnen und sonstigen Außerortsstraßen sowie auf Ortsdurchfahrten (klassifizierten Innerortsstraßen) erfolgt ausgehend von der Straßendatenbank des Landes sowie den Ergebnissen der Straßenverkehrszählungen 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015. Die Fortschreibung für die Jahre zwischen den ausführlichen Straßenverkehrszählungen erfolgt anhand der laufenden Berechnungen der Fahrleistungen auf Basis der automatischen

Zählstellen. Aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethodik bei den ausführlichen Straßenverkehrszählungen im Jahr 2010 handelt es sich teilweise um revidierte Werte.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebflächen sowie Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen. Dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Produktion genommene Flächen, Waldflächen, Kurzumtriebsplantagen sowie Gebäude- und Hofflächen zählen nicht hinzu.

Letztverbraucher

Letztverbraucher im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen, mit denen das Wasserversorgungsunternehmen das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Zweckverbänden an Mitglieder ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Schadstoffemissionen des Straßenverkehrs

Die Berechnung der Emissionen basiert auf den Fahrleistungen, differenziert nach Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien. Die entsprechend den Fahrzeuggruppen und Stra-

ßenkategorien gegliederten Fahrleistungswerte werden mit spezifischen Emissionsfaktoren je Fahrzeuggruppe verknüpft. Zusätzlich werden die durch Kaltstarts der Pkw und Lkw unter 3,5 t verursachten Emissionen an Hand der Zahl der Kaltstarts und zugehöriger Kaltstart-Emissionsfaktoren berechnet.

Grundlage für die Ableitung dieser Emissionsfaktoren bietet das „Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA)“ in der Version 3.3 vom April 2017.

Schulden

Bis 2009 Schulden am Kreditmarkt: Schulden, die durch Ausgabe von Wertpapieren oder durch Aufnahme von Fremdmitteln bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen, der Bundesagentur für Arbeit, öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen und sonstigen Sozialversicherungen sowie bei sonstigen inländischen und ausländischen Stellen entstanden sind. Nicht mit einbezogen sind hierbei Kassenverstärkungskredite, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen aufgenommen werden.

Ab 2010: alle am Stichtag bestehenden In- und Auslandsschulden (einschließlich Kassenkredite), für die Gebietskörperschaften oder öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) Schuldner sind. Die Schulden werden mit dem Nennbetrag ohne Abzug eines etwaigen Disagios nachgewiesen. Die Zuordnung der Schulden erfolgt in der Schuldenstatistik nach dem Gläubigerprinzip. Es wird unterschieden zwischen Schulden beim nichtöffentlichen und öffentlichen Bereich.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Flächenkategorien des Liegenschaftskatasters „Siedlung“ abzüglich Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch plus „Verkehr“ zusammen.

Sondereffekte im Jahr 2017 (Flächenerhebung)

Die Vermessungsverwaltungen, auf deren Angaben die Daten der Flächenerhebung basieren, haben seit 2013 ihre Systematik ALB (Automatisiertes Liegenschaftsbuch) auf ALKIS® (Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem) umgestellt. Im Zuge dessen konnten die Ergebnisse der in dieser Zeit stattfindenden Kataster- und Flurbereinigungsverfahren nur mit Verzögerung ins Liegenschaftskataster übernommen werden. Diese wurden zu großen Teilen erst im Jahr 2017 nachgetragen und führten deshalb zu einer deutlichen Zunahme des (täglichen) Flächenverbrauchs.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB)

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-,

renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind, sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirtschaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Als Straßenverkehrsunfälle gelten von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet, verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschaden sind sol-

che, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Täglicher Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch wird definiert als Saldo von Anfangs- und Endbestand der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) einer Periode. Dieser Wert dividiert durch die Periodendauer in Tagen ergibt den täglichen Flächenverbrauch. Der Indikator verdeutlicht Ausmaß und Tempo der Nutzungsänderungen. Dabei ist Flächenverbrauch und Versiegelung (teilweises oder vollständiges Abdichten offener Böden) keinesfalls gleich zu setzen.

Trinkwasserpreis

Preis, der vom Wasserversorger für die Bereitstellung und Lieferung von einem Kubikmeter Trinkwasser (1 000 Liter) erhoben wird. Er enthält 7 % Mehrwertsteuer. Sondertarife mit Mengenrabatten werden nicht erhoben.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wohnräume

Zu Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-2440
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-2833, Telefax -2973
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde
Telefon 0711/641-2133, Telefax -2973
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-2451, Telefax -2940
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-2866, Telefax -134062
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de